

Finanzminister Hilbers in der Sackgasse

Kommentar zum Artikel „Riesenverluste im Landesetat: Bald droht eine Haushaltssperre des Finanzministers“, rundblick vom 31.03.2020

Die Corona-Krise hat die Politik fest im Griff. Alle verantwortlichen Politiker arbeiten täglich intensiv an der bestmöglichen Lösung dieser unvorhergesehenen Herausforderung neuer Dimension.

Alle Politiker? Nein, ein ordnungsliebender Finanzminister in Niedersachsen leistet Widerstand. Während alle Instanzen versuchen, durch möglichst stabile Entscheidungen Orientierung und Halt zu geben, ist der Niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) schon weiter. Er überlegt die ausufernden Staatsausgaben mittels einer Haushaltssperre demnächst wieder in festen Griff zu nehmen. Dies konterkariert die Entscheidungen, die derzeit in allen Bundesländern, im Bund, vielen anderen Staaten und der EU getroffen wurden. Dies ist weder richtig in diesem Moment noch hilfreich. Doch zunächst einen Schritt zurück.

Die Corona-Epidemie stellt alle Staaten der Welt vor erhebliche Herausforderungen. Die Unsicherheit über das richtige Vorgehen ist groß, da man das Virus nicht kennt und damit die Verbreitungsrisiken usw. nicht richtig einschätzen kann. Umso löblicher erscheint die Art der Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft und die Geschwindigkeit in der die Politik mit teils drastischen Maßnahmen und raschen Gesetzes-Initiativen enorme Kraft zur Minimierung der Ausbreitung des Virus und damit des Sterberisikos entfaltet hat. Dies erfolgt natürlich immer nach dem aktuellen Stand der Erkenntnis und ist damit nicht unumstritten. Bislang steht Deutschland im EU-Vergleich gut da und die Politik von Bund, Ländern und Kommunen findet hohe Akzeptanz.

Die Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen und der „Beschränkung sozialer Kontakte anlässlich der Corona-Pandemie“ (Niedersächsische Verordnung vom 27.03.2020) sind mit elementaren Eingriffen in die Freiheitsrechte verbunden. Wirtschaftlich stehen durch die Krise Tausende von Betrieben binnen kürzester Zeit vor Einnahmerückgängen von bis zu 100%. Dies geht in Breite und Tiefe weit über die Finanzkrise von 2008/2009 hinaus. Binnen Tagen wurden Rettungsschirme auf allen Ebenen geschaffen, um die absehbaren Einbrüche in der Einkommensschaffung zu überbrücken. Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen, Bürgschaften, Kredit- und Beteiligungsfonds in Milliardenhöhe

wurden aufgelegt und in ungeahntem Tempo auf den Weg und auch zur Auszahlung gebracht.

Nach der Epidemie droht eine sehr tiefe Rezession. Diese ist umso tiefer und dauert umso länger, umso mehr Betriebe in der Phase der Epidemie-Bekämpfung in Konkurs gehen und damit die Einkommensquellen für Beschäftigte, Unternehmer und auch den Steuerstaat nachhaltig schädigen. Diese Erstschäden potenzieren sich durch die Folgewirkungen einbrechenden Konsums, notleidender Kredite und rückläufiger Investitionen. Hier die Erwartungen der Konsumenten und Investoren maximal zu stützen, scheint mir der richtige Grundkonsens der Politik zu sein.

Wenn Finanzminister Hilbers in Niedersachsen jetzt von Haushaltssperre träumt, ist dies vielleicht gut gemeint, aber entgegen allen positiven Versuchen der deutschen Krisenpolitik. Er sollte dies unterlassen und sich vielmehr Gedanken machen, wie Niedersachsen auch nach der Krise seine Mangelfelder reduziert, die ebenfalls in der Krise deutlich geworden sind (nicht nur in Niedersachsen). Dies ist ganz sicher die Finanzierung eines angemessenen Gesundheits- und Pflegesystems. Auch die digitale Infrastruktur im Allgemeinen und in der Bildungs- und Forschungslandschaft im Besonderen ist nicht auf der Höhe der Zeit. Die (Grundlagen-) Forschung gilt es weiter zu stärken. (Vgl. zu den Herausforderungen z.B. den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Nds. Nachtragshaushalt 2020 vom 25.03.2020, Drs 18/6147). Und die bisher an- und ausstehenden Aufgaben in der Wohnungsbauförderung, der Modernisierung der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur, des allgemeinen Klinikbaus sowie die Neubauten der Unikliniken in Göttingen und Hannover sind leider auch nicht vom Tisch. Ach ja, Klimakrise und Energiewende waren auch noch Felder, die einige öffentliche Aktivitäten erfordern.

Wenn Minister Hilbers dann auch noch auf die vorteilhaftere Umsetzung der Schuldenbremse in Niedersachsen im Vergleich zu Bayern verweist, weil Niedersachsen auch Ausnahmen bei konjunkturellen Störungen kennt und Bayern nicht, dann irrt er (vgl. Art. 82 der Verfassung des Freistaats Bayern). Zudem erscheint der niedersächsische Rettungsschirm in Höhe von 4,4 Mrd

EUR zwar erheblich, aber im Vergleich zum zitierten Bayern mit einer Abschirmung der bayerischen Wirtschaft in Höhe von 60 Mrd EUR (!) wiederum eher klein. Dies verweist auf das bekannte Süd-Nord-Gefälle.

Auch die Tilgung der Neukreditaufnahme mit einer Frist von zehn Jahren ab 2021 erscheint kurzfristig, angesichts der zu erwartenden Haushaltsanforderungen der nächsten Jahre. Zum Vergleich: Bayern beginnt erst 2024 ohne Fristsetzung.

Im März 2020, nur fünf Monate nach der Aufnahme der Schuldenbremse in die niedersächsische Verfassung, erweist sich der finanzpolitische Rahmen als zu eng für die Anforderungen der Welt da draußen. Zumal, wenn die „Notsituation“ auch noch mit einer Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder des Landtags festgestellt werden muss. Ich hatte seinerzeit auf derartige Probleme der niedersächsischen Lösung hingewiesen (s. runderblick vom 22.05.2019, S. 7).

Mehr Daseinsvorsorge und Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.

Die Finanzierung der Krisenkosten in der Zukunft kann m.E. nicht durch Haushaltssperren erfolgen. Hinzu wird ein notwendiges Investitionsprogramm des Landes kommen, zum Abbau von Modernisierungsrückständen und der Behebung von Corona-Mängeln. Hierzu wird es weitere Kredite brauchen, um die Aufwendungen zeitlich zu strecken (generationengerecht). In diesem Zusammenhang muss auch über die Schuldenbremse gesprochen werden.

Noch grundsätzlicher muss mittelfristig aber auch über die angemessene Ausstattung der öffentlichen Haushalte mit Finanzmitteln gesprochen werden. Hierbei geht es um Finanzausgleich, die Nutzung bestehender Spielräume unter der geltenden Schuldenbremse. Und es geht meines Erachtens auch um höhere Staatseinnahmen durch mehr Steuergerechtigkeit und letztlich auch höhere Steuersätze.

Eine Haushaltssperre in Niedersachsen beschränkt die Handlungsfähigkeit der Landesregierung wider besseren Wissens. Dies vertieft das Süd-Nord-Gefälle und führt in der Umsetzung zu Verteilungskonflikten.

Eine Haushaltssperre ist illusorisch und führt Niedersachsen in eine Sackgasse.

Torsten Windels ist Ökonom und lebt in Hannover. Er war von 2007-2018 Chefvolkswirt der NORD/LB und ist seit 2019 als Beratender Ökonom tätig und Koordinator der Keynes-Gesellschaft, Regionalgruppe Nord